

**Rede
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsprecherin
für Wissenschaft, Kultur und Innovation**

Dr. Silke Lesemann, MdL

zu TOP Nr. 19

Erste Beratung
**Imam-Weiterbildung an der Uni Osnabrück erhalten -
nachhaltige Lösungen finden**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1527

während der Plenarsitzung vom 13.09.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren!

Es ist gut und richtig, dass der Islam in Deutschland durch Ausbildungsgänge an Hochschulen in seiner Vielfalt betrachtet werden kann. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet das Studienangebot an der Universität Osnabrück am Institut für Islamische Theologie. Seine Aufgabe ist von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Meine Fraktion findet es wichtig, dass junge Muslime in einem Islam aufwachsen, der ihnen Vertrauen in unsere Gesellschaft und unsere Kultur gibt. Deshalb ist es gut, dass die Ausbildung und die Weiterbildung von Imamen in Deutschland eingerichtet wurden. Niedersachsen nimmt hier seit einer ganzen Reihe von Jahren eine Vorreiterrolle ein. Ich erinnere daran, dass sich die SPD hier schon sehr lange dafür eingesetzt hat. Bereits 2002 gab es den Runden Tisch „Islamischer Religionsunterricht“ unter der damaligen Kultusministerin Jürgens-Pieper - auch unter Einbeziehung muslimischer Verbände -, der in den Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ mündete und 2013 zum Regelfach ausgebaut wurde. Das war eine große Errungenschaft hier in Niedersachsen.

An deutschen Hochschulen ausgebildete Imame sollen künftig zu einer besseren Integration junger Muslime beitragen. Warum ist uns dies wichtig? - Vor allem deshalb, weil Imame Brückenbauer in die Mehrheitsgesellschaft sein können und auch sein sollen. Das ist unser Wunsch. Und sie sollen auch dem gegenseitigen Verständnis und Miteinander helfen. Bislang allerdings stammen die meisten Vorbeter in den Moscheen überwiegend aus der Türkei. Sie wurden dort ausgebildet, werden von der Türkei bezahlt und sollen den hier lebenden Muslimen Orientierung in Glaubens- und Lebensfragen bieten. Sie sprechen aber oft kein Deutsch, sind mit der hiesigen Lebenswirklichkeit oft nur wenig vertraut, und wenn sie dann nach einigen Jahren Fuß gefasst haben und auch die seelsorgerische Arbeit in der Gemeinde gut übernehmen können, auch weil sie sich besser in die hiesigen Lebensverhältnisse eingefunden haben, gehen sie als sogenannte Pendel-Imame wieder zurück in die Türkei. Dann kommt ein neuer Imam, muss sich in seiner Gemeinde eingewöhnen und ihr Vertrauen erwerben.

Vor diesem Hintergrund sind praxisorientierte Angebote, die einem besseren Verständnis der deutschen Gesellschaft dienen, außerordentlich wichtig. Sie sind die beste Voraussetzung, radikale Prediger zu verhindern, und helfen bei der Integration; denn Imame aus der Türkei haben andere Lebensbezüge. Sie müssten aber auch Ansprechpartner für alltägliche Probleme der hier lebenden Muslime sein. Ob sie das tatsächlich auch so wahrnehmen könnten wie in Deutschland ausgebildete Imame, ist die Frage.

Meine Damen und Herren,

im Mittelpunkt des Entschließungsantrages steht das universitäre Weiterbildungsprogramm „Jugendarbeit in den Moscheegemeinden und Extremismusprävention“, das sich laut Homepage an Imame und Religionsbedienstete richtet. Das zweisemestrige Zusatzangebot war von vornherein platzmäßig begrenzt und zeitlich befristet, wurde aber bereits dreimal verlängert. Das Projekt wurde bisher vorwiegend aus Bundesmitteln gespeist, wie einer Pressemeldung zu entnehmen war. Seit 2014 kamen lediglich 150.000 Euro vom Land Niedersachsen. Laut der Pressemitteilung sind die Teilnehmerzahlen an dem anfangs sehr gut frequentierten Programm von ursprünglich 80 Teilnehmenden auf jetzt 20 sukzessive zurückgegangen, sodass sich vermuten lässt, dass der Bedarf, der vormals bestanden hat, gesättigt ist.

Zu diesem Punkt sollten wir uns in den Ausschussberatungen unterrichten lassen, damit wir genaue Zahlen haben, über die wir an der Stelle sprechen können.

Wir sollten im Ausschuss auch differenziert über die Forderung nach einer eigenständigen und unabhängigen Imam-Ausbildung in Niedersachsen sowie über die Realisierung einer echten Berufsperspektive für Imame diskutieren. Dazu hat Wissenschaftsminister Thümler heute einen Vorschlag unterbreitet, den ich absolut besprechenswert finde, weil er, glaube ich, in die richtige Richtung geht, die wir alle - zumindest bis auf eine Fraktion - hier vertreten.

Gerade der erstere Aspekt, eine eigenständige und unabhängige Imam-Ausbildung, scheint vor dem Neutralitätsgebot des Staates in Religionsfragen an

einer staatlichen Universität nicht realisierbar. Die Imam-Ausbildung ist Sache der Religionsgemeinschaften. Ich würde es aber begrüßen, wenn die bisher gemachten Erfahrungen am Institut für Islamische Theologie in Überlegungen hierzu Eingang fänden.

Was den letzten Punkt des Antrages angeht, Inhalte und Ideen der Imam-Weiterbildung zu bewerben, müsste die bisherige regionale Herkunft der Studierenden hinterfragt werden bzw. generell ein Überblick über ähnlich gelagerte Angebote erstellt werden.

Insgesamt bin ich jedoch davon überzeugt, dass wir über ein spannendes und äußerst lohnenswertes Thema diskutieren, gerade vor dem Hintergrund von Integrationsfragen, die uns hier immer wieder beschäftigen. Es war bisher in diesem Hause interfraktionell unumstritten, dass die Angebote des Instituts für Islamische Theologie auch aus der Perspektive der Integration ein gutes und wichtiges Angebot darstellen. Ich hoffe, das bleibt so.

Neuen Auftrieb bekommt die Diskussion heute durch den Vorschlag von Minister Thümler, Lehrer- und Imam-Ausbildung miteinander zu koppeln. Auch vor diesem Hintergrund bin ich auf die Ausschussberatung gespannt, weil ich denke, da wird sich noch etwas Positives entwickeln, von dem die hier lebenden Muslime und wir alle etwas haben.

Vielen Dank.